



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: mail@christian-duerr.de

Internet: www.christian-duerr.de

Rede zum Antrag **Niedersachsens Bürger vor unzumutbaren
Beeinträchtigungen durch Hochspannungsfreileitungen
schützen - Bundesregierung darf sich nicht aus ihrer
Verantwortung für den Netzausbau stehlen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1689 (Erste Beratung)

56. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 24. Februar 2005

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle vier Fraktionen haben, wie ich denke, in den letzten Wochen und Monaten gerade vor Ort sehr viel von den Problemen im Zusammenhang mit dem Netzausbau wegen der Windenergie gehört. Es ist aber - dies gilt jetzt für alle Redner der Opposition, die bisher hier gesprochen haben - schon unglaublich, mit welcher Scheinheiligkeit dieses Thema von den Grünen und der SPD hier behandelt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es war niemand anderes als Ihre rot-grüne Bundesregierung, die uns diese Probleme vor die Tür gekehrt hat.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD schreibt in ihrem Antrag - das ist nun wirklich der Höhepunkt -, dass für alle laufenden Anträge zum Netzausbau ein Moratorium verhängt werden soll. Das ist nun wirklich mehr als lächerlich. Wenn Sie hier mit einem Finger auf die Landesregierung zeigen, zeigen gleichsam drei Finger auf Sie und Ihre Bundesregierung zurück. Das Land ist nach dem Bundesraumordnungsgesetz nämlich zu einer zügigen Genehmigung verpflichtet. Ein Moratorium ist bundesrechtlich, wie der Kollege Biestmann schon ausgeführt hat, überhaupt nicht möglich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz von Minister Trittin schreibt uns ja nicht nur vor, dass das Stromnetz ausgebaut werden muss; § 4 wurde schon erwähnt. Schlimmer noch: Die Menschen in Niedersachsen, die vom Netzausbau betroffen sind, müssen auch noch dafür bezahlen. Es gibt im EEG keine bundesweite Umlage der Kosten für den Netzausbau. Die Netzbetreiber werden zum Ausbau verdonnert,

und gleichzeitig müssen die Kunden, die davon betroffen sind, dafür auch noch zahlen. Das ist also die so genannte Energiewende von Rot-Grün. Das ist für meine Begriffe unfassbar. Schließlich schreibt die Seeanlagenverordnung - davon war vorhin auch schon die Rede; für sie ist ebenfalls der Bund zuständig - noch vor, dass Windparks auf See sehr großzügig genehmigt werden müssen. Ein nicht ausreichend ausgebautes Stromnetz, wie wir es zurzeit an Land haben, wird dort ausdrücklich als Genehmigungshindernis ausgenommen.

Ihre gesamte Argumentation - ob hier im Landtag oder vor Ort - bricht für meine Begriffe wie ein Kartenhaus zusammen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Seeanlagenverordnung und das Bundesraumordnungsgesetz sind allesamt Gesetze oder Verordnungen des Bundes. Für mich stellt sich die Frage: Haben Sie den Menschen in den betroffenen Regionen eigentlich zugehört? - Die Menschen fordern, dass es ein abgestimmtes Konzept zum Ausbau der Windenergie - ob an Land oder auf See - gibt. Mit anderen Worten: Es sollen erst dann weitere Windparks genehmigt werden, wenn auch klar ist, wie der Strom weitergeleitet werden kann. Ihre Bundesregierung tut aber genau das Gegenteil. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg, also eine Bundesbehörde, genehmigt weiterhin Windparks auf See, ohne dass wir wissen, wie der Strom später dort hinkommt, wo er auch gebraucht wird. Wir und die betroffenen Menschen wollen, dass erst dann weitere Windparks genehmigt werden, wenn diese Fragen endgültig geklärt sind. Genau das ist wegen der Gesetzgebung von Rot-Grün aber nicht möglich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Bund darf sich in dieser Sache also nicht länger aus der Verantwortung stehlen. Hören Sie endlich auf, hier mit Nebelkerzen zu werfen, die von dieser Verantwortung ablenken sollen. Damit, dass wir - das ist spätestens nach zwei Jahren allen klar geworden - von dieser Bundesregierung kein abgestimmtes Energiekonzept erwarten können, haben wir uns mittlerweile abgefunden. Aber wenigstens die SPD und die Grünen hier im Landtag sollten sich Gedanken um die Menschen in Niedersachsen machen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam für eine Veränderung der Rechtslage zu kämpfen. Wenn Ihr Antrag - ich verstehe ihn so noch nicht, aber das wird möglicherweise die Ausschussberatung zeigen - ein Angebot dazu sein soll, nehmen wir dieses natürlich gerne an.

Die Möglichkeit einer Erdverkabelung bzw. einer Teilverkabelung sollte selbstverständlich auch später im Planfeststellungsverfahren geprüft werden. Das sind wir den betroffenen Menschen vor Ort schuldig. Gleichzeitig sind Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, aufgefordert, Ihre Bundesregierung daran zu erinnern, dass sie noch viele Hausaufgaben zu erledigen hat. Die Energiepolitik dieser rot-grünen Bundesregierung ist gescheitert.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Sie ist zukunftsweisend!)

Wann sagen Sie den Menschen endlich, Herr Haase, dass diese Politik nicht nur ihr Geld, ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre Umwelt kostet?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 56. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,
herausgegeben am 07.03.2005